

nach Einmütigung in unsere inneren Angelegenheiten in Anspruch nehmen. Hand weg ist alles, was wir hier so sagen haben.

noch einen rechten positiven Inhalt bekommen. Die Väter des Völkers haben nach Schluß gegen weitere Verleumdung durch Kriegs- und Friedensgegner, nach internationalen Schiedsgerichten, nach Verhandlungen über gleichmäßige Wahrung. Die feindlichen Regierungen haben keine innere Überzeugung, zum Teil auch wohl aus tatsächlichen Rücksichten heraus sich diesen Ruf zu eigen gemacht. Ein Widerstand des Deutschen Volkes, das seit 18. Sept. im Frieden leidet, wird keine dieser Forderungen, deren Erfüllung allerdings geeignet wäre, das Los der kommenden Geschlechter zu erleichtern, scheitern. Wir sind viel mehr bereit, nach Kräfte mitzuwenden. Der Gedanke vom Bund des Völkers und zwar vom wahren, der alle, die wollen, umfaßt, und in dem Recht und Pflichten gleichmäßig verteilt sind, war uns Deutschen in Zeiten schon geläufig, in denen England und Frankreich noch an nichts anderes dachten, als an die unerbittliche Unterjochung fremder Völker. Schiedsgerichte, auch internationale, sind für uns nicht Neues. Die Abrüstungsvereinbarungen wollen wir, volle Gegenseitigkeit vorausgesetzt, sogar gerne auf die Seestreitkräfte, nicht bloß auf die Landarmee, ausdehnen. Demselben Ideengang folgend, und noch darüber hinaus, werden wir das Verlangen nach Freiheit der Meere und Meerestrafen, nach offenen Häfen in allen überseeischen Bestrebungen, nach Schutz des Privateigentums zur See in den Verhandlungen erheben, und wenn über den Schutz der kleinen Völker und der nationalen Minderheiten in den einzelnen Staaten verhandelt werden wird, werden wir willig für internationale Bestimmungen eintreten, die in den England unterworfenen Ländern bis eine Erleichterung wirken werden. Allen Ernstes hoffen wir, daß nach den Erfahrungen dieses Krieges jeder ernstliche Versuch der Befreiung auf diesen Gebieten reiche Früchte tragen wird.

Unersättliche Vorbedingungen für unsere Teilnahme an den Friedensverhandlungen dürfen allerdings nicht gestellt werden. Wir lassen das Annehmen, daß wir erst recht um Gnade bitten sollen, ehe wir zugelassen werden, wir lassen der Loren, die von solchem ja sein.

Doch das alles sind Zukunftsvorgaben und Zukunftshoffnungen. Ich wollte nur zeigen, daß auch ein Verständigungsfrieden, so schwer auch die Wirkungen des Krieges unsere Zukunft belasten werden, weder etwas Demütigendes für uns hat, noch eine Periode des Elends und Jammers für uns herbeiführen wird. Stark und mächtig im Bewußtsein unserer Unüberwindlichkeit, gleichberechtigt unter den Völkern der Erde, werden wir ein Leben der Arbeit, aber auch der Befriedigung und der gesicherten Zukunft führen, gemeinsam mit den anderen werden wir den Weltfrieden vor künftiger Gefährdung schützen.

In Hause können wir zur Zeit für den Frieden nichts tun, als ihn vorarbeiten durch mögliche Beschleunigung der zeitnahe und schwierigen Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn und mit den uns nächststehenden Ländern im Osten, und soweit wir können, alle Hindernisse aus dem Wege räumen, die es unseren Kriegsgegnern erschweren, dem Gedanken des Friedens näherzutreten. Das geschieht auch. Es kann umso leichter geschehen, seit, wie unverkennbar, innerhalb des deutschen Volkes sich eine steigende Ueberstimmung über die bei den bereinstimmigen Friedensverhandlungen einzunehmende Haltung über die sogenannten Kriegsziele herausbildet. Der Gedanke des Verständigungsfriedens ohne Annexion und Entschädigung gewinnt tagtäglich an Boden, es bedarf keiner Aufklärung, wie sehr dadurch die Aufgabe der Regierung erleichtert wird, die für diesen Frieden eintritt und bei dieser schweren Aufgabe sich jeder Unterstützung, jeder Beistellung eines Widerstandes dankbar freut. Gibt es doch keine bessere Quelle unserer Kraft als die Einigkeit.

### England kämpft bis zu Ende.

Eine Rede Lloyd George. Gleichsam als Antwort auf die vorstehende Rundgebung des deutschen Vizekanzlers kann die Rede erscheinen, die der englische Ministerpräsident Lloyd George am Donnerstag bei Gelegenheit der Verteilung der Ehrenbürgerwürde in Manchester hielt und in welcher er u. a. ausführte:

Ich bin mit großem Widerstreben in diesen Krieg eingetreten, aber nachdem ich den Charakter der Herausforderung deutlicher erkannt hatte, durfte nichts Halbtes geschehen. 1914 war unsere Armee für diesen Krieg sehr schlecht ausgerüstet, aber ich bin glücklich, sagen zu können, daß das Gleichgewicht wieder hergestellt ist. Während der letzten 4 bis 6 Monate war der Feind einem Bombardement ausgesetzt, welches seinen Nerven arg zusetzt hat. Die Nachrichten sind bestimmt und das Schlimmste ist vorüber. Der Unterschied zwischen 1918 und 1914 war die Einheit des Oberbefehls, und es war ein großes Glück für uns, uns in dem Feldmarschall Joch einen jener seltenen Männer zu sichern, die über eine seltene Willensmacht verfügen. Die preussische Militärmacht muß nicht nur geschlagen werden, sondern das deutsche Volk selbst muß wissen, daß seine Herrscher, welche die Gesetze der Menschlichkeit verletzen, die deutsche Militärmacht nicht vor Strafe schützen konnte, und daß, wer sein Gesetz bricht, seine Strafe findet. Lloyd George betonte mit allem Nachdruck, dies muß der letzte Krieg sein. Wenn er das nicht ist, wäre es das Ende der Zivilisation. Der Völkerverbund würde, wenn die preussische Militärmacht triumphierte, ein Bund zwischen Fuchs und Gänzen sein. Das britische Reich und die Länder der Völkerverbund sind jetzt

alle ein Völkerverbund von Friedensnationen. Jedes andere Land würde willkommen sein, und wenn Deutschland nach dem Kriege die schwächste Träufelzeit seiner Herrscher zurückweist, dann würde das Volk der Völkerverbund des Militarismus in dem großen Völkerverbund willkommen sein. (1) Aber die einzige sichere Grundlage ist nur ein vollständiger Sieg. Wir werden weder selbst einen Völkerverbund annehmen, noch einen unseren Feinden aufzwingen. Sobald eine richtige Art Frieden gesichert ist, können wir mit ruhigen Nerven und gutem Gewissen darangehen, eine neue Welt aufzubauen, in welcher diejenigen, die viel geopfert haben, in Frieden und Sicherheit zufrieden wohnen können.

Starker andauernder Beifall begleitete den Schluß der Rede. — Beim Frühstück bemerkte Lloyd George, als er zuletzt in Manchester gewesen sei, hätten einige Menschen von einem Kompromiß gesprochen und gesagt: Laßt uns doch einen Verhandlungsfrieden schließen. Seine Antwort darauf sei gewesen, daß es kein Kompromiß geben könne. Mit erhobener Stimme erklärte Lloyd George unter lautem Beifall: Wir werden bis zum Ende weiterkämpfen. Die Blätter von Lancashire widmen dem Premierminister Anerkennung und erklären, daß er mit Rücksicht auf das große Vertrauen, welches er den Alliierten einflöße, und mit Rücksicht auf seine außerordentliche Triebkraft, seine Entschlossenheit und weitausblickende Kriegspolitik am Ruder bleiben und die Alliierten zum Siege führen müsse.

Angeichts dieser Haltung des englischen Ministerpräsidenten kann man nur an den Schluß der Rede erinnern, die der Kaiser an die Krupp'sche Arbeiterchaft hielt. Er sagte dort: Aushalten hilft. Und wir müssen doch einmal zum Ende kommen. Wir wollen ja den Krieg beenden, die anderen nicht. Also werden wir gezwungen zur Fortsetzung des Kampfes und dieser Zwang mußte unsere Kraft stärken, unseren Mut steigern, unser Vertrauen vergrößern, er mußte den Jörn wieder heller aufleuchten lassen. Jetzt heißt es: Deutsche, die Schwert hoch, die Herzen stark und die Muskeln gestrafft zum Kampfe gegen alles, was gegen uns steht, und wenn es noch so lange dauert!

### Ein neuer Beweis für die Friedensliebe des Kaisers.

Ein Schreiben an den Kaiser.

Die „Fränkischer Morgenzeitung“ erzählt von besonderer Seite aus dem Haag: Großes Aufsehen erregt eine Londoner Mitteilung in hiesigen neutralen politischen Kreisen, in der ein einwandfreier Zeuge von hoher englischer diplomatischer Seite, allerdings unbeabsichtigt, ein Beweis für die Friedensliebe des Deutschen Kaisers und gegen die Schlagworte von deutscher Eroberungslust erbracht wird. Aus der Depesche geht hervor, daß im Sommer 1916 Kaiser Wilhelm dem Blutzergleichen ein Ende bereiten wollte, daß aber sein Friedenswille an der Haltung des ermordeten Jaren und seiner Bundesgenossen scheiterte. Hierfür tritt jetzt ein sicherlich der Witterungswandlung unverdächtig Zeuge auf, nämlich Sir Buchanan, die frühere englische Gesandte am Jarenhof, der vor einigen Tagen bei einem Mittagessen im britischen Klub in London erklärte: Der letzte Jar war immer ein treuer Freund und loyaler Alliierte von England. Dies zeigt die Tatsache, daß, als im Sommer 1916 ein Versuch durch den Deutschen Kaiser gemacht wurde, dem Jaren durch Argumente, die auf den wechselseitigen dynastischen Interessen basierend, zu einem Friedensschluß zu bestimmen, er, der Jar, das Angebot kategorisch ablehnte.

### Wachende Friedenshoffnung in Frankreich?

Das „St. Gallener Tagblatt“ meldet: Verschiedene Anzeichen in Frankreich, besonders auch die neuerlichen dringlichen Interpellationen der französischen Sozialisten wegen Befreiung der Kriegsgefangenen, deuten darauf hin, daß auch die allgemeine Lage Frankreichs eine möglichst rasche Kriegsbeendigung als dringend, notwendig erscheinen läßt. Nach zuverlässigen Berichten ist die Friedenssehnsucht in Frankreich trotz aller zeitlichen Erfolge an der Front im raschen Wachsen begriffen. Das „St. Gallener Tagblatt“ schreibt: Die militärische Lage ist gegenwärtig derart, daß die Aussichten für einen Frieden als günstig bezeichnet werden können. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß jetzt der psychologische Augenblick für die neutralen Regierungen gekommen sei, durch eine gemeinsame Rundgebung beiden kämpfenden Mächtegruppen ihre guten Dienste für die Beendigung des Krieges anzubieten, sei es auch nur, um zunächst einen Waffenstillstand zu erreichen.

### Lloyd George erkrankt.

Aus Manchester wird gemeldet, daß Lloyd George an einer Erkrankung mit starkem Fieber erkrankt ist und infolgedessen vielleicht außerstande sein wird, allen seinen Verpflichtungen in Lancashire nachzukommen.

### Die Gewerkschaftsführer beim Reichskanzler.

Ausfrage über Ernährungs- und Bekleidungsfragen, Wahrung, Genuss und Arbeitsverhältnisse.

Die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften hatte, wie bereits gemeldet, einstimmig beschlossen, eine Delegation zum Reichskanzler zu entsenden, um ihm die Forderungen der Arbeiter vorzutragen. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Berufsgruppen und Sogenden des Reiches wurden mit der Vertretung der Gewerkschaften beauftragt: Reichsrat (Altenburg), Vorsitzender des Verbandes der Guttmacher, Naaplow (Gamburg), Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Schmidt (Berlin), Vorsitzender des Deutschen Arbeiterverbandes, Thomas (Frankfurt a. M.), Vorsitzender des Verbandes der Dachdecker, Waldeser (Wodum), 2. Vorsitzender des Verbandes der Bergarbeiter und Begien (Berlin), Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Empfang fand Donnerstag nachmittag statt und nahm nahezu zwei Stunden in Anspruch. Als Sprecher der Delegation führte der Zentralvorsitzende des Dachdeckerverbandes, Thomas (Frankfurt a. M.), folgendes aus: Die Anwesenheit der Delegation beweist, daß die deutschen Arbeiter noch einen Rest von Vertrauen zur Regierung haben, wenn auch fast das gesamte Volk durch die innerpolitischen Ereignisse der letzten Wochen erschreckend mutlos geworden sei. Die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse könnten nicht länger mit ansehen, wie das Volk von Stufe zu Stufe wirtschaftlich sinkt. Zunächst sei die Ernährungsfrage auf einem Tiefpunkt angekommen. Die Mengen, die gewöhnlich der

### Wohlmeinung

entzogen würden, würden immer größer und gingen ins Ungemessene. Auf legalem Wege werde immer weniger verteilt. Auch die Schwarzarbeiter müßten Wucherpreise zahlen. Immer allgemeiner werde um jeden Preis und ohne jede Rücksicht gehandelt. Dadurch würden gerade die Menschen um die Lebensmittel gebracht, die sie am nötigsten brauchen. Die Körperkräfte der Arbeiter nähmen besorgniserregend ab. Sie könnten überhaupt nicht mehr leisten, was ihnen früher ein leichtes war. Die Befreiung der Vorräte auf dem Lande sei gänzlich ungenügend. Die städtische Arbeiterchaft sei unter die Fuchtel des Hilflosengesetzes gezwungen, auf die Landwirtschaft nähme man die größte Rücksicht. Bei der jetzigen Not würden die Unterlassungen wie Verbrechen am Volke. Die Gewerkschaftsführer seien keine Schwarzarbeiter, keine Flau- und Wisenmacher. Aber es sei höchste Zeit, zu bessern; denn die Aufregung unter der Arbeiterchaft sei ungeheuer. Die schönsten Mahnworte müßten wirkungslos bleiben. „Im hungrigen Wagen nur Eingang finden Suppenlogis mit Anbeldgründen.“ Die Arbeiter wollten nicht länger hungern, da auch die Reichen nicht hungerten. Die Regierung müsse unbedingt die Lebensmittel aufhängen, alle Lebensmittel erfassen und den gesamten Vorrat zugänglich machen, die fleischlosen Rationen aufheben und mehr Kartoffeln geben. Gänzlich unverständlich sei

### Die veränderte Preisgestaltung für Schuhe, Wäsche und Kleider.

Hier herrsche allgemein der unerschämteste Wucher, hier seien die eigentlichen Landesverräter, die das deutsche Volk vor den wirtschaftlichen Zusammenbruch führten. Eine einfache Arbeitswoche koste jetzt statt 4 Mark 65 bis 80 Mark und halte nur den letzten Teil der früheren Zeit. Selbst ausgebildete Arbeiter nicht mehr werden, es drohe der Zusammenbruch der Familie. Auch hier sei die Verteilung ganz ungleichmäßig. Die Regierung müsse den Arbeitern Sachen zur Verfügung stellen wie den Soldaten. Um die Unterernährung zu paralisieren, müsse die Arbeitszeit eingeschränkt werden. Das könne geschehen, ohne daß die Industrie weniger leistungsfähig wird. Arbeitervertreter, Kriegsämter und Unternehmer müßten gemeinsam das Problem lösen. Aber in jedem Falle müsse sich Deutschland eine arbeitsfähige Arbeiterchaft erhalten.

### Alle wirtschaftlichen Ämter würden verschlimmert durch die un sichere, schwankende Politik im Innern.

Die Regierung Hertling habe die erhoffte Stetigkeit nicht gebracht. Die Empörung über die ungeschickliche Haltung in der Wahlrechtsfrage sei zur Ueberdies geblieben. Brimmas erbitte wende sich das Volk von der Komödie im Herrenhaus ab. Die Regierung müsse endlich ein Wagnis wagen, den Landtag auflösen und das Kaiserrecht wahren. Die Maßnahmen der Generalkommandos auf dem Gebiet der Zensur und der Belagerungszustände lasteten schwer auf den Gewerkschaften und ihrer Presse. Bei manchen Generalkommandos herrsche äußerste Mißtrauen gegen die Gewerkschaften, nahezu sozialistischer Geist. Zum Schluß forderte der Redner eine klare und unumwundene Absage an die Liberalen und die Innepolitik. Für die Regierung antwortete

### Reichskanzler Graf Hertling:

Die politische Reichsleitung sei mit der Obersten Oercksleitung vollkommen einig im Erstreben des Verständigungsfriedens. Der Krieg werde nicht eine Minute länger dauern als zur Verteidigung unbedingt notwendig. Die bisherigen Friedensangebote Deutschlands seien leider höhnisch zurückgewiesen worden. Nach vierzehn Tagen habe vollständiger Exzultismus die ganze feindliche Presse beherrscht. Trotzdem hoffe er zuversichtlich, daß wir dem Frieden näher seien, als man allgemein glaube. Jedenfalls seien Reichsregierung und Heeresleitung einmütig gegen jede Erhöhung; darüber beständen keine Meinungsverschiedenheiten und seien keine Beschränkungen nötig. — Zum allgemeinen Wahlrecht könne er nur wiederholen, daß er damit bereit und fähig sei. Er wundere sich, daß seine Worte bezweifelt würden. Man müßte doch begreifen, daß die bisher maßgebenden Parteien durch die Wahlreform benachteiligt seien. Auch das Herrenhaus habe seine verfassungsmäßigen Rechte. Aber deswegen weiche er nicht einen Schritt vom gleichen Wahlrecht ab, und sobald feststehe, daß darauf keine Verständigung zu erzielen sei, sei er sofort zur Auflösung entschlossen. Staatssekretär Wallraf gab Mittheilung im Vereins- und Versammlungswesen und im Genuswesen zu. Er erbat sich die Vorlegung des Materials. In der nächsten Woche kämen mit den einzelnen Generalkommandos neue entscheidende Besprechungen statt.

### Keine Hoffnungen in der Ernährungsfrage!

Staatssekretär Wallraf behauptete, daß die Verteilung der Güter noch keine Ueberlast zulasse. Schwere Mittel zur Befreiung der Lebensmittelständen nicht zu erwarten. Der Reichskanzler in seinen Reden komme den Arbeitern zugute und lasse sich kaum unterdrücken. Die Abnahme sei wohl nur 15 Prozent besser als im Vorjahre, die Kartoffelernte mutmaßlich schlechter. Die Versorgung der Industrie werde vom 1. Oktober an